

Berlin aktuell

Die politische Lage in Deutschland

Stuttgart 21 – Die Grünen sind am Volk gescheitert.

Die Gegner des Projekts Stuttgart 21, vor allem die Grünen, haben bei der Volksabstimmung in Baden-Württemberg am vergangenen Sonntag eine herbe Niederlage erlitten. Mit 58,8% stimmte eine deutliche Mehrheit für das Infrastrukturprojekt, während 41,2% sich dagegen aussprachen. Auch in der Landeshauptstadt Stuttgart konnten die Projektgegner keine Mehrheit erreichen. Dort stimmten 52,9% für den Weiterbau und 47,1% für den Ausstieg.

Der Ausgang des Volksentscheides ist ein ermutigendes Signal und ein guter Tag für Baden-Württemberg und darüber hinaus. Er macht deutlich, dass die Bürger für große, moderne Infrastrukturprojekte zu gewinnen sind. Die Wirtschaft unseres Landes ruht auf einer starken industriellen Basis, die ohne eine gut ausgebaute Infrastruktur undenkbar ist. Infrastrukturprojekte bedeuten Wohlstand. Sie dürfen nicht dem kurzfristigen parteipolitischen Vorteil geopfert werden, wie die Grünen dies versucht haben, als sie vor der Landtagswahl aus den Protesten parteipolitischen Nutzen zogen und den Stuttgart-21-Gegnern versprachen, im Falle eines Wahlerfolgs den Bau des modernen Tiefbahnhofs zu verhindern.

Der Volksentscheid hat deutlich gemacht, dass die „gefühlte Mehrheit“, auf die die Grünen in ihrem Protest gegen das Projekt verwiesen, eben nur eines war: „gefühlte“. Die selbsternannten „Sprecher aller Bürger“, so zeigt das Ergebnis, vertreten oftmals nur ihre eigenen Interessen, nicht aber das Gemeinwohl. Wir erwarten nun, dass die Landesregierung ihrer Projektförderpflicht nachkommt und den Bau des modernen Tiefbahnhofs sicherstellt.

Kundus-Untersuchungsausschuss: Abschluss nach intensiver Prüfung.

In dieser Woche wurde der Abschlussbericht des Kundus-Untersuchungsausschusses im Plenum diskutiert. Damit endet die parlamentarische Aufarbeitung des Luftschlags gegen die von den Taliban entführten zwei Tanklastzüge. Die Bundeskanzlerin hat damals im Namen der Bundesrepublik Deutschland den Angehörigen der zivilen Opfern ihr Bedauern und unsere Anteilnahme ausgedrückt und zudem finanzielle Entschädigungen zugesagt, die auch erfolgt sind.

Während seiner insgesamt fast zweijährigen Tätigkeit hat der Ausschuss die Umstände des Luftschlags gründlich untersucht. Die Union hat diese Aufklärung aus ganzer Kraft unterstützt und vorangetrieben, weil hohe Transparenz und intensive Überprüfung des Einsatzes vor Ort wichtige Voraussetzungen für den Erfolg in Afghanistan sind und bleiben.

Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben uns dabei vehement und erfolgreich allen parteipolitischen Versuchen widersetzt, den Untersuchungsausschuss zu einem innenpolitischen Kampfmittel zu machen. Damit konnten wir Schaden von der Bundeswehr und unserem Verhältnis zur NATO abwenden. Die Union bleibt die stärkste Stütze der

Soldatinnen und Soldaten im Einsatz – ihnen gilt unser Dank, unser Respekt für ihre gefährliche und verantwortungsvolle Aufgaben sowie unsere politische Unterstützung.

Der Untersuchungsausschuss hat nach eingehender Prüfung konkrete Verbesserungen angemahnt, die vom Bundesverteidigungsminister bereits unmittelbar nach dem Luftschlag angegangen worden sind. Dies betrifft vor allem die interne Kommunikation, die Ausgestaltung von Leitlinien sowie die Informationsgewinnung. Das Ergebnis der Aufarbeitung belegt: Die Bundeswehr ist eine verantwortungsbewusste Armee, die auch beim Einsatzes militärischer Gewalt höchste Maßstäbe zum Schutz von Zivilisten anlegt.

EU-Haushalt reformieren und dadurch Wettbewerbsfähigkeit steigern.

Wir stehen vor einer wichtigen Weichenstellung für die Zukunft Europas. Ende Juni hat die Europäische Kommission ihre Vorschläge für den nächsten Finanzrahmen der Europäischen Union von 2014 bis 2020 vorgelegt. Mit einem entsprechenden Antrag fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, sich in den anstehenden Verhandlungen gerade wegen der Schuldenkrise in einigen Mitgliedsländern für eine wirksame Begrenzung der EU-Ausgaben und eine transparente sowie nachvollziehbare Haushaltsstruktur einzusetzen.

Die Überwindung der Staatsschuldenkrise wird nach den Worten von Bundeskanzlerin Angela Merkel Jahre dauern. In ihrer heutigen Regierungserklärung zum bevorstehenden EU-Gipfel kündigte sie Vertragsänderungen in der Europäischen Union an, um die Ursachen der Krise zu bekämpfen und eine Stabilitäts- und Fiskalunion zu erreichen.

Die vollständige Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 09. Dezember können Sie über den folgenden Link abrufen:

<http://dbtg.tv/vid/17/147/2/2>

Die Europäische Union hat kein Finanzierungsproblem. Wir müssen in der EU nicht mehr ausgeben, sondern das Geld sinnvoll ausgeben. Straßen, die mit EU-Fördermitteln gebaut werden, aber ins Nichts führen, sind überflüssig. Die Förderung der Werbung etwa für Blumenzwiebeln ebenfalls. Stattdessen muss vor dem Hintergrund des Aufstiegs großer Staaten wie China, Indien aber auch Brasiliens und der ASEAN-Staatengruppe (Verband südostasiatischer Nationen) in die Bereiche investiert werden, die Europas wirtschaftliche Prosperität und Wettbewerbsfähigkeit verbessern.

Wir als Unionsfraktion wollen mehr Transparenz und bessere Haushaltskontrollen und lehnen weitere Nebenhaushalte außerhalb des EU-Haushalts ab. Eine lückenlose Offenlegung und Kontrolle der EU-Ausgaben ist unverzichtbar. Bestehende Prüfungslücken bei der Verwendung von EU-Geldern müssen geschlossen werden. Wir erwarten weiterhin, dass Lösungen für die erheblichen ausstehenden finanziellen Verpflichtungen der EU gefunden werden. Das bisherige System der europäischen Agenturen und sonstiger Verwaltungsstellen muss in Zukunft einer echten Effizienz- und Erfolgskontrolle unterworfen werden. Luft für Einsparungen gibt es unserer Auffassung nach auch im Bereich EU-Personal. Der neue Finanzrahmen gibt Europa die Chance, deutlich

besser als in der Vergangenheit zu wirtschaften, und mit einem effizienteren und transparenteren Mitteleinsatz mehr für seine Bürger zu erreichen. Diese Gelegenheit müssen wir gerade in der Krise nutzen.

Mit neuem Verbraucherinformationsgesetz auf dem richtigen Weg.

Die Bürger werden künftig schneller, kostengünstiger und unbürokratischer Verbraucherinformationen von Behörden erhalten können. So werden formlose Anfragen per Email oder Telefon möglich. Kosten für die anfragenden Bürger werden nur bei sehr hohem Arbeitsaufwand der Behörden entstehen. Weiterhin wird der Anwendungsbeereich des Gesetzes ausgeweitet. Verbraucher können dann auch Auskünfte über Spielzeug, Haushaltsgeräte und Heimwerker-Artikel einholen.

Mit dem Gesetzentwurf werden außerdem weitere Konsequenzen aus den Dioxinfunden Anfang 2011 gezogen. Es wird eine Veröffentlichungspflicht bei Rechtsverstößen sowie bei schwerwiegenden Gesundheitsgefährdungen und Verstößen gegen Hygiene- und Täuschungsvorschriften eingeführt. Das erhöht die Transparenz und ermöglicht ein schnelleres Handeln im Krisenfall.

Die Woche im Parlament

Menschenrechtspolitik.

In dieser Woche debattierten wir den Neunten Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik in den auswärtigen Beziehungen und in anderen Politikbereichen. Dieser erfasst den Zeitraum März 2008 bis Februar 2010 und stellt erstmals neben den Entwicklungen und Maßnahmen auf internationaler Ebene die im Berichtszeitraum von der Bundesregierung in Deutschland ergriffenen Maßnahmen im Rahmen eines separaten innenpolitischen Teils dar.

Mandatsverlängerungen.

In dieser Woche wurde die Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA (Operation Active Endeavour/OAE) als Beitrag der NATO zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus beschlossen. Der militärische Auftrag besteht darin, bestimmte Bereiche des Mittelmeeres zu überwachen und gleichzeitig zur Abschreckung und Bekämpfung terroristischer Aktivitäten Präsenz zu zeigen. Das Mandat wird inhaltlich unverändert mit einer Obergrenze von 700 Soldatinnen und Soldaten fortgesetzt werden.

Ebenfalls stand die Beschlussfassung über die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation ATALANTA zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias an. Die somalische Übergangsbundesregierung bzw. die somalischen Regionalbehörden werden auch in absehbarer Zukunft nicht in der

Lage sein, die von somalischem Staatsgebiet ausgehende Piraterie wirksam zu bekämpfen. Der Schutz durch die Operation Atalanta ist auch für die Versorgung der somalischen Bevölkerung mit Lebensmitteln von zentraler Bedeutung, da die humanitäre Hilfe durch Lieferungen des Welternährungsprogramms oder der Mission AMISOM der Afrikanischen Union überwiegend auf dem Seeweg erfolgt. Das Mandat wurde unverändert mit einer Obergrenze von 1.400 Soldatinnen und Soldaten bis zum 18. Dezember 2012 verlängert.

Auch die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation ALTHEA zur weiteren Stabilisierung des Friedensprozesses in Bosnien und Herzegowina wurde beschlossen. Das Mandat wird unverändert bei Absenkung der Personalobergrenze von 900 auf 800 Soldaten fortgeführt werden. Auch ein Jahr nach den Wahlen vom 3. Oktober 2010 bleibt die Lage in Bosnien und Herzegowina kompliziert. Die Regierungsbildung ist bis heute nicht erfolgreich abgeschlossen.

Versorgungsstruktur der gesetzlichen Krankenversicherung.

In zweiter und dritter Lesung stand das Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung – GKV-Versorgungsstrukturgesetz zur Verabschiedung an, dessen Ziel eine spürbare Verbesserung der Situation vieler Patientinnen und Patienten im konkreten Versorgungsalltag ist. Bürokratische Hemmnisse werden abgebaut und der Zugang zu erforderlichen Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln wird sichergestellt. Auch sollen Behandlungsabläufe für Patientinnen und Patienten zwischen Krankenhäusern, Ärzten und anderen Einrichtungen zukünftig besser abgestimmt werden. Der Sicherung einer flächendeckenden, wohnortnahen medizinischen Versorgung dient auch, dass das System der vertragsärztlichen Vergütung durch Zurücknahme zentraler Vorgaben flexibilisiert und regionalisiert wird. Darüber hinaus sind Regelungen zur Reform des vertragszahnärztlichen Vergütungssystems, zur Weiterentwicklung der ambulanten spezialärztlichen Versorgung, zur Weiterentwicklung der Strukturen des gemeinsamen Bundesausschusses, zu den medizinischen Versorgungszentren (MVZ) sowie zur Entbürokratisierung in verschiedenen Bereichen enthalten.

Kampf gegen Kinderpornographie.

Mit dem in zweiter und dritter Lesung beschlossenen Gesetz zur Aufhebung von Sperrregelungen bei der Bekämpfung von Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen wird das Zugangerschwernisgesetz aufgehoben. Zukünftig wird damit nur das Löschen, nicht die Sperrung kinderpornographischer Seiten möglich sein. In einem Entschließungsantrag hierzu fordern die Koalitionsfraktionen die Bundesregierung auf, dem Bundestag, beginnend mit dem Jahr 2013, jährlich für das vorangegangene Kalenderjahr detailliert über das Ergebnis der Löschversuche zu berichten.

Visa-Warndatei.

Das in zweiter und dritter Lesung zur Beschlussfassung anstehende Gesetz zur Errichtung einer Visa-Warndatei und zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes ist von zentraler Bedeutung für die Bekämpfung des Visamissbrauchs und des internationalen Terrorismus. Es ergänzt die im Visumverfahren bereits bestehenden Prüfmöglichkeiten und unterstützt die deutschen Visumbehörden bei ihrer Tätigkeit. In der Datei gespeichert werden Visumantragsteller, Einlader, Verpflichtungsgeber und sonstige Referenzpersonen, die mit Verurteilungen wegen bestimmter Straftaten mit Bezug zum Visumverfahren oder mit sonstigem Auslandsbezug oder mit konkreten sonstigen rechtswidrigen Verhaltensweisen wie insbesondere falschen Angaben im Visumverfahren aufgefallen sind. Beim Bundesverwaltungsamt wird ein Datenabgleichsverfahren durchgeführt, bei dem künftig Daten aus dem Visumverfahren mit bestimmten Daten aus der Antiterrordatei automatisiert abgeglichen werden. Dies ermöglicht eine Rückmeldung durch Sicherheitsbehörden an die Visumbehörden, wenn Personen aus dem terroristischen Umfeld beabsichtigen, nach Deutschland einzureisen.

Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“.

Mit dem in zweiter und dritter Lesung verabschiedeten Gesetz zur Einrichtung und zum Betrieb eines bundesweiten Hilfetelefons „Gewalt gegen Frauen“ (Hilfetelefontgesetz) wird ein zentrales Hilfetelefon beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben eingerichtet. Damit werden bisherige Zugangshindernisse zum bestehenden Unterstützungssystem, das gewaltbetroffene Frauen berät und unterstützt, beseitigt.

Daten und Fakten

Konjunktur: Optimismus überwiegt.

Trotz Finanz- und Staatsschuldenkrise rechnen nach einer Umfrage des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln die deutschen Unternehmen zum überwiegenden Teil nicht mit einer Rezession. Eine Mehrheit der Unternehmen geht davon aus, dass ihre Geschäfte im kommenden Jahr stabil verlaufen werden. 31% rechnen sogar mit einem Produktionszuwachs. Nur 19% der befragten Betriebe gehen von einer Produktionsabnahme aus.

Derzeit schätzen 46% der Firmen ihre wirtschaftliche Situation besser ein als 2010. Lediglich 15% Prozent bewerten ihre Lage schlechter. Der Rest der Befragten kann keine Veränderungen feststellen. Im Vergleich zum Frühjahr 2011 hat sich die Lageeinschätzung eingetrübt. Damals sagten 60% der Betriebe, ihre Lage sei besser als im Vorjahr. Bei den Exporten rechnen die Unternehmen 2012 mit einem deutlichen Rückgang. So gehen 24% der Betriebe von einer Zunahme ihrer Ausfuhren und 13% von einer Abnahme aus. 2012 wollen 30% der Unternehmen mehr investieren, 20% weniger. Rund 60% der befragten Unternehmen rechnen mit einer stabilen Beschäftigungslage im Jahr 2012. Fast jeder vierte Betrieb plant die Zahl seiner Mitarbeiter im nächsten Jahr zu erhöhen; nur jedes siebte Unternehmen geht von einem Stellenabbau aus.

(Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft Köln)

Private Schulden.

Privathaushalte sind ohne Zusatzschulden durch die Krise gekommen. Die Verschuldung der deutschen Privathaushalte ist während der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise im Mittel nicht gestiegen. Der seit rund zehn Jahren anhaltende Trend zu weniger Schulden wurde auch durch die Krise nicht gebrochen. Insgesamt sind die Sparquoten sogar gestiegen. Im Jahr 2009 waren deutlich weniger Haushalte – nämlich 18% – mit Konsumenten- und Immobilienkrediten belastet als während der Dot-com-Krise im Jahr 2000, als es noch circa 20% waren. Auch die niedrigen Zinsen haben die Haushalte nicht dazu veranlasst, mehr Schulden aufzunehmen.

(Quelle: DIW Berlin)

Datenschutz in Online-Communitys.

Community-Mitglieder passen Datenschutz individuell an. Nutzer von sozialen Netzwerken legen Wert auf die Möglichkeit, ihre Privatsphäre individuell zu bestimmen. Fast alle Community-Mitglieder finden entsprechende Einstellungen wichtig, durch die ihre Daten nur bestimmten Personen zugänglich sind.

An der Spitze der Nutzerwünsche steht die Möglichkeit, die Sichtbarkeit von Daten generell nach Personengruppen zu differenzieren (95%). Jeweils 89% halten es für wichtig, dass sie ihre Pinnwand für bestimmte Personen freigeben können oder das eigene Profil vor Suchmaschinen verbergen können. 86% möchten die Möglichkeit haben, die Kommunikation mit einzelnen anderen Mitgliedern zu blockieren, und 82% plädieren für die Option, das eigene Profil auch innerhalb eines Netzwerks unsichtbar machen zu können. 80% der Nutzer sozialer Netzwerke passen das Datenschutz-Niveau individuell an. Weitere 9% haben die Standard-Einstellungen bewusst übernommen. Lediglich 11% haben sich mit den entsprechenden Möglichkeiten nicht auseinandergesetzt. Insbesondere jüngere Nutzer haben die Voreinstellungen zur Privatsphäre verändert: 89% der 14- bis 29-jährigen Anwender das Datenschutz-Niveau angepasst. Je älter die Nutzer, desto weniger beschäftigen sie sich mit dem Schutz ihrer Privatsphäre. Auch gibt es Differenzen nach Bildungsabschlüssen. 83% der Abiturienten oder Hochschulabsolventen verändern die Einstellungen, aber nur 69% der Nutzer mit Hauptschulabschluss. Zwei Drittel der Community-Nutzer (66%) fehlen nach eigener Einschätzung noch Informationen, was sie für den Schutz ihrer Daten tun können.

(Quelle: Bitkom)